

Organisationen des Mittelstandes, demokratische Jugendorganisationen usw.) an der Vorbereitung von Gesetzen direkt zu beteiligen.

Angesichts der — auch nach Meinung vieler westdeutscher Gewerkschafter, Sozialdemokraten, bürgerlicher Politiker und Wissenschaftler — unheilvollen Entwicklung verstehen wir vollauf, daß immer mehr Menschen in Westdeutschland es für ein Gebot der Selbsterhaltung ansehen, den Kampf um die Verteidigung der Demokratie und des Grundgesetzes aufzunehmen und zu verstärken. Vor allem geht es darum,

- daß im Kampf um die Demokratie alle Schichten des Volkes die Möglichkeit erhalten, an allen staatlichen Entscheidungen mitzuwirken;
- größere Anstrengungen zu unternehmen, damit die demokratischen Rechte des Parlamentes in Bonn, in den Ländern und Gemeinden nicht abgebaut, sondern wiederhergestellt und im Sinne des Grundgesetzes ausgebaut und die Ausschüsse und Beiräte zu echten demokratischen Einrichtungen umgewandelt werden, in denen die Arbeiter, Bauern und andere demokratische Kräfte vertreten sind;
- den Kampf um demokratische Veränderungen in der staatlichen Tätigkeit und um die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten zu verstärken,

ohne die von Demokratie gar nicht die Rede sein kann;

- den Kampf gegen die Notstandsverfassung zu vervielfachen, im Geiste jener mahnenden Worte Professor K o g o n s :

„Wir dürfen das nicht widerspruchlos hinnehmen. Die Gewerkschaften müssen ihren Masseneinsatz verstärken. Den Abgeordneten ist klarzumachen, was unter dem weiten Mantel der Verantwortung, der großmächtig getragen wird, gegen uns alle heranzieht.“

Sicherlich wird Westdeutschland auf dem Gebiet der demokratischen Erneuerung der Rechtspflege heute nicht den gleichen Weg gehen wie nach 1945 die DDR. Die Bedingungen sind heute, angesichts der Notwendigkeit, zunächst die Herrschaft der monopolistischen Kräfte zurückzudrängen, grundsätzlich anders. Aber wir sind sicher, daß die westdeutschen Arbeiter und Angestellten, wenn sie ihr demokratisches Alternativprogramm ausarbeiten und durchsetzen, viel aus den Erfahrungen der DDR lernen können. Was wir auf dem Gebiet eines neuen Rechts geschaffen haben, ist schon heute beispielgebend für ganz Deutschland.

Wir tun alles, um dieses unser Beispiel noch zu vervollkommen und noch überzeugender zu gestalten.

## Den Rechtspflegerlaß auf höherem Niveau verwirklichen

Diskussionsbeitrag von Dr. Heinrich Homann, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, Stellvertretender Vorsitzender der National-Demokratischen Partei Deutschlands

Im Vordergrund einer kritischen Analyse des bei der Durchführung des Rechtspflegerlasses Erreichten wie gleichermaßen aller Überlegungen über unsere weitere Arbeit steht völlig zu Recht die grundlegende Aussage, mit dem Rechtspflegerlaß und durch ihn jene Grundsätze sozialistischer Rechtspolitik herausgebildet und gefestigt zu haben, die der neuen gesellschaftlichen Entwicklungsperiode, dem umfassenden Aufbau des Sozialismus, entsprechen.

Durch den Rechtspflegerlaß die sozialistische Rechtspflege im grundsätzlichen mit den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung gebracht, Volk und Recht enger verbunden und schon dadurch eine höhere gesellschaftliche Wirksamkeit sozialistischer Rechtspflege erreicht zu haben — das sind eindrucksvolle Fortschritte.

Bei allem, was noch zu tun bleibt, können wir schon heute mit Gewißheit sagen: Das Leben hat die völlige Berechtigung und die objektiv mögliche Verwirklichung der vom VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und im Rechtspflegerlaß des Staatsrates postulierten Grundforderung — die Kriminalität schrittweise aus dem Leben unserer sozialistischen Gesellschaft zu verdrängen — ausdrücklich und nachhaltig bestätigt.

Nicht zuletzt in dieser unserer humanistischen Grundposition bei der Bekämpfung der Kriminalität wie in der immer ergebnisreicheren Praktizierung aller Grundsätze sozialistischer Rechtspflege durch unseren Staat und die ganze Gesellschaft spiegelt sich auch ein Stück nationaler Verantwortung und nationalen Auftrags der Deutschen Demokratischen Republik wider.

Während in der DDR den Bürgern die Übereinstimmung ihrer grundlegenden persönlichen Interessen mit denen der sozialistischen Gesellschaft immer bewußter wird, während der Gleichklang von gesellschaftlicher Entwicklung und Rechtspflege immer besser gesichert

wird — also die entscheidenden Garantien für die schließliche Bewältigung der Kriminalität «ls gesellschaftlicher Erscheinung gefestigt werden —, sind Gesellschaft und Staat im staatsmonopolistischen Westdeutschland heute weiter als je davon entfernt und mehr denn je außerstande, einer ständig wachsenden Kriminalität Herr zu werden.

In breiten Kreisen der westdeutschen Öffentlichkeit steht man dem wie einem Phänomen gegenüber, für das es keine Erklärung gebe. Nur wenige demokratisch gesinnte Kräfte, die nicht gewillt sind, sich mit dieser Tatsache einfach abzufinden, die ehrlich und von echter Sorge erfüllt nach Auswegen aus dieser Lage suchen, dringen zu der — wenn auch verschwommenen, noch nicht bis zur letzten Konsequenz reichenden — Erkenntnis vor, daß das beängstigende Ansteigen der Kriminalität auf soziale Ursachen zurückzuführen ist, die in der Gesellschaftsordnung und im Herrschaftssystem Westdeutschlands selbst begründet sind. Warnend weisen diese Kräfte darauf hin, daß das Anwachsen der Kriminalität zu einer Katastrophe für die ganze Gesellschaft werden kann, die zur Kriminalisierung aller gesellschaftlichen Beziehungen überhaupt führt.

Es ist ein verhängnisvoller Kreislauf: Unterdrückung des Volkes ist Bedingung für die Politik der in Bonn Herrschenden. Der Bundesbürger soll von jeder Einsicht in die gesellschaftlichen Erfordernisse unserer Zeit ferngehalten werden. Das weckt zwangsläufig individualistische, egoistische, menschenfeindliche Verhaltensweisen. Die Resultate solcher Politik werden von den in Westdeutschland Herrschenden bewußt in Kauf genommen. Um der wachsenden Besorgnis der Bevölkerung über diese Entwicklung zu begegnen, wird die alte Theorie strapaziert, daß die Kriminalität ein notwendiges Attribut der modernen Gesellschaft sei, mit der man einfach leben und zurechtkommen müsse. Das ist im Grunde nichts anderes als das Eingeständnis, wie der Versuch der Rechtfertigung ihrer totalen Ohn-